

Datum

06.07.2009

Nummer

245/2009

Thema

Verkehr/BVG

Redaktion

-sab-

Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt anlässlich des Vorschlags einer Fahrpreiserhöhung zur Bilanzverbesserung der BVG:

Statt Fahrpreiserhöhung BVG von Altschulden und Personalüberhang befreien

Der Vorschlag von Finanzsenator Nussbaum, die Fahrpreise zugunsten der BVG zu erhöhen ist kontraproduktiv und einfalllos. Richtig ist, die strukturellen Probleme der BVG zu beseitigen. Hohe Altschulden und ein großer Personalüberhang begründen das jährliche strukturelle Defizit des Unternehmens in einer Größenordnung von ca. 40 Millionen Euro.

Mit höheren Fahrpreisen kann das nicht ausgeglichen werden. Das verprellt lediglich die Fahrgäste und erhöht die Gewinne bei der S-Bahn.

Wenn das Unternehmen schwarze Zahlen schreiben soll, muss der Senat Altschulden und Personalüberhang in den Landeshaushalt überführen. Aus Gründen der Haushaltsklarheit ist das die ehrliche Lösung. Es kann nicht sein, dass die KundInnen die Kosten für die politischen Fehlentscheidungen des Senats bei der Unternehmenssteuerung durch kontinuierliche Fahrpreiserhöhungen teuer bezahlen. Schließlich haben die jeweiligen Senatoren im Aufsichtsrat Tarifverträge, Pensionsansprüche, Spekulationsgeschäfte etc. gebilligt.

Darüber hinaus muss der Senat die Blockade des ÖPNV durch die Verkehrslenkung Berlin beenden. Es ist doch irrwitzig, wenn Millionen für Ampelvorrangschaltungen ausgegeben werden und die Verkehrslenkung zum Nachteil von BVG und Fahrgästen die Durchschnittsgeschwindigkeit von Bus und Straßenbahn senkt. Das stinkt zum Himmel und dieser Laden muss endlich ausgemistet werden.

Wenn der Senat Steuergelder wirtschaftlicher einsetzen will, muss er den S-Bahnvertrag aufgrund der Sicherheitsverstöße außerordentlich kündigen und neu verhandeln. Internen DB-AG Planungen zufolge sollte die S-Bahn in diesem Jahr 87 Mio. Euro Gewinn abwerfen. Angesichts der Qualitäts- und Sicherheitsmängel und 232 Mio. Euro Senatszuwendungen jährlich besteht hier erheblicher Handlungsbedarf.